

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N.-L.

Fernsprecher Nr. 22 und 37

Zeramm: Tagesblatt Sorauer Verlags

Politisch-Red.: Nr. 954 Berlin N.W. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Ciro-Notito bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — **Bezugspreis:** Bei Abholung in unseren Vertretungsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezüge in unserer Geschäftsstelle 50 Reichspfennig, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspfennig Postgebühren. — **Im Falle** durch den Briefträger ins Haus gebracht 35 Reichspfennig mehr. — **Im Falle** höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Erfüllungs- und Gerichtsamt** Sorau N.-L.



Heute
neuer Roman

Nummer 51

Sonnabend/Sonntag, den 1./2. März 1930.

120. Jahrgang

Kommunaler Ausverkauf?

Das Sondergesetz zur Neuordnung der Berliner Stadtverwaltung hat offenbar das preussische Innenministerium zu weiterer Gesetzesproduktion veranlaßt. Jedenfalls hört man, daß jetzt ein Referentenentwurf über eine allgemeine Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung ausgearbeitet worden ist. Der von kommunalen Spitzenorganisationen und einer Reihe von Vereinen, die mit den Problemen der Gemeindeverwaltung vertraut sind, zur Begutachtung eingeholt worden ist. Unnötig, ja man kann wohl sagen, schädlicherweise hüllen sich nun alle in Frage kommenden Instanzen nach wie vor in strenges Stillschweigen, obwohl es natürlich nicht ausbleiben konnte, daß die Öffentlichkeit allerlei Einzelheiten aus dem Entwurf erfährt. Wenn also nur ein solches Bild von dem Referentenentwurf und den damit verfolgten Absichten des preussischen Innenministeriums entsteht, wird man sich bei der preussischen Regierung nicht darüber wundern dürfen.

Der Kerngedanke der geplanten Vorlage ist zweifellos richtig. Tatsächlich bedarf die gesamte kommunale Selbstverwaltung in allen ihren Zweigen einer erheblichen Aufrechterhaltung. Das gilt nicht nur für die Städteordnung, sondern auch für die Landgemeinden, Kreis- und Provinzialordnung. Am brennendsten ist ja wohl fraglos das Problem für die Reichskommunaltät geworden, bei der die Ungleichheit der bisher geübten Verwaltungsgemeinschaften in der denkbar größten Form zutagegetreten ist. Obwohl man sich schon vor Vorlage eines Sondergesetzes entschließen mußte, was das was für Berlin gut und nützlich sein mag, nämlich die weitgehende Einbeziehung des Zweimannsystems, auch in der übrigen kommunalen Selbstverwaltung unerschütterlich ist, wie es der erwähnte Referentenentwurf offenbar annimmt. Denn wenn wir uns unterrichten, daß die kommunale Verwaltung zwischen Magistrat und Stadtvorstandesverwaltung, also zwischen Exekutive und Legislative, die seit der Stein-Hardenbergschen Reform im überwiegenden Teile Preußens gilt, zugunsten der rheinischen Bürgermeistereiorganisation abgebaut. Das würde also bedeuten, daß die städtische Verwaltung künftig von der Stadtvorstandesverwaltung getrennt mit ausgeübt wird, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagt, während der Magistrat künftig nur mehr eine Art Sachverwalterbigengremium sein würde, das dem Bürgermeister zur Beratung beigegeben ist, selbständige Kompetenzen aber im Rahmen der städtischen Verwaltung nicht mehr besitzt.

Nun kann man wohl sagen, daß aus dem bisherigen Zweimannsystem infolge der nach dem Kriege durchgeführten Politisierung der Stadtverordnetenversammlungen mancherlei Reibungen entstanden sind, die dem Selbstverwaltungsorgan in seiner Weise förderlich waren. Es heißt doch aber, das wird am Schwung aufkamen, wenn man nun dafür die Magistrateorganisation, also den unpolitischen Verwaltungskörper der Gemeinde verantwortlich machen und ihn gewissermaßen mit dem bedrohten Referentenentwurf in die Wüste jagen will. Natürlich werden die Anhänger der rheinischen Bürgermeistereiorganisation, die wesentlich als Produkt französischer Einflüsse in West- und Süddeutschland gelten darf, erklären, daß sie mit ihr die besten Erfahrungen gemacht hätten, und tatsächlich ist ja auch nicht zu bestreiten, daß die Stellung des Stadtvorstandes in ihr eine sehr viel mehr zentrale Bedeutung besitzt, als das bei dem Zweimannsystem der Fall ist. Denn da nach diesem System die Stimme des Bürgermeisters bei etwaiger Stimmentzweiheit in der Stadtverordnetenversammlung — die also künftig Legislative und Exekutive ausüben soll — den Ausschlag gibt, wird es ihm sehr viel leichter möglich sein, seinen Willen bzw. den seiner Sachverständigen durchzusetzen. Andererseits ist aber doch auch nicht zu verkennen, daß dann die städtische Verwaltung eine viel mehr als bisher auf den Charakter, die Kenntnisse und Fähigkeiten einer einzelnen Persönlichkeit abgestellt ist, und Erfahrungen wie die mit Herrn Böhm sollten also doch ernstlich zu beratigen Plänen nicht gerade ermutigen.

Es mag vielleicht verfrüht sein, schon jetzt einen Disput über diese Fragen zu entfesseln. Entscheidende Artikel kann erst einsehen, wenn der Referentenentwurf des Innenministeriums bekannt wird. Beide Systeme haben ihre Vorzüge und Nachteile, und, wie gesagt, wir

Übermals auf Montag vertagt.

Bisher noch keine Verhandlung über den Etat 1930. — Druck auf die Deutsche Volkspartei.

Das Reichskabinett legte Freitag nachmittag im Reichstage seine Beratungen über den Etat 1930 fort. Es gelang nicht, eine Verständigung über die Streitpunkte herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden in der siebensten Abendstunde abgebrochen und auf Montag vertagt.

In parlamentarischen Kreisen wird die Situation dahin beurteilt, daß Sozialdemokratie und Zentrum sich ziemlich weit über diese Frage geeinigt haben, und zwar in der alten Form einer Befragung der privaten Festangestellten von 2400 Mark Jahreseinkommen an aufwärts und aller Beamten. Diese Forderung ist den Ministern der Deutschen Volkspartei gestern vorge-

legt worden. Zentrum und Sozialdemokratie erwarten, daß die Deutsche Volkspartei sich bis Montag endgültig darüber entscheidet, ob sie den Vorschlag mitmachen will oder nicht.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei ist es betont, die Fraktion habe bereits deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie das Notopfer nicht mitmache. Dabei bleibe sie unumkehrbar, als das Notopfer nun die alte, freiere Form erhalten solle. In Zentrumskreisen erklärt man, eine solche Antwort würde die Krise auslösen.

Vor Montag ist aber an eine Klärung nicht zu denken. Es ist sogar möglich, daß sie sich mindestens bis zum Wiederzukommen des Reichstages am nächsten Donnerstag hinauszieht, weil vor der letzten schwerwiegenden

Entscheidung schließlich auch noch einmal die Fraktionen zu Worte kommen müssen.

Auch der Reichspräsident für die einmalige Sondersteuer?

Berlin, 1. März. (Eigene Meldung.) Zu dem Kampf um das Notopfer glauben mehrere Blätter mitteilen zu können, daß sich auch der Reichspräsident sehr entschlossen für diese einmalige Sondersteuer eingesetzt habe. In Zentrumskreisen verspricht man sich hiervon eine starke Wirkung auf die Deutsche Volkspartei. Nach dem Verlauf der Tagung des Reichsausschusses der Volkspartei werde man einen etwas klareren Einblick in die voranschreitende Haltung dieser Partei erhalten.

leugnen durchaus nicht, daß das System der preussischen Selbstverwaltung in allen seinen Teilen erneuerungsbedürftig ist. Man hätte sich aber, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und mit Hilfe eines völligen Abbaus der Magistratsorganisation den Ausverkauf der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt in die Wege zu leiten, zumal man nicht verkennen kann, daß die Bürger der rheinischen Bürgermeistereiorganisation letzten Endes in einem zentralisierten Staatswesen ruhen müßten. Das scheint man in preussischen Innenministerium auch ganz gut erkannt zu haben, wo man nämlich die Staatsaufsicht sehr viel durchgreifender zu gestalten gedenkt, als das bisher der Fall war. So wenig wir also die Reformbedürftigkeit der Selbstverwaltung überhaupt leugnen wollen, wir warnen dringend vor einer Entwicklung, deren Ende ihr völliger Abbau sein müßte. ✕

Silksmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Besprechungen zwischen Regierung und Landwirtschaftsführern.

Der Reichskanzler empfing gestern in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, Präsident Brandes, die Reichsminister a. D. Schiele und Hermes und den bayerischen Landwirtschaftsminister Feiler. Ihnen in eingehenden Darlegungen begründeten Wünsche entsprechend wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft alsobald einen engen Kreis landwirtschaftlicher Führer zu einer Besprechung einberufen, in der beschleunigte, umfassende und durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung des Marktes landwirtschaftlicher Produkte und zur Sicherung der gefährdeten landwirtschaftlichen Erzeugung vorgelegt werden sollen.

Die „Inflationssmacher“ sollen gesucht werden.

Berlin, 28. Febr. Dem preussischen Landtag ist ein Antrag des Abg. Dr. Graf von Poladowsky-Wehner zugegangen, worin nach Einführung einer Reihe von Änderungen einflussreicher deutscher Persönlichkeiten (Stinnes und Dr. Luffner), aus denen eine absichtliche Herbeiführung der deutschen Währungsinstabilität hervorzugehen scheint, das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung folgenden Antrag zu stellen: „Die Reichsregierung wolle beschleunigt ein Gesetz vorlegen, durch welches der Staatsgerichtshof beauftragt wird, zu untersuchen, ob und welche ausländischen Stellen, ob und welche amtlichen Personen und ob und welche Privatpersonen im Inland auf die planmäßige Steigerung des Dollarkurses gegenüber der deutschen Mark hingewirkt und damit planmäßig die deutsche Währung zerrüttet haben.“

Der neue Innenminister

oder
Wie man in Preußen Personalpolitik betreibt.

Der zum preussischen Staatsminister und Minister des Innern ernannte Oberpräsident der Provinz Sachsen, Geh. Regierungsrat Professor Dr. phil. Heinrich Waentig, Mitglied des preussischen Landtags, ist am 21. März 1870 zu Zwickau geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre und wirkte als akademischer Lehrer zuerst als Privatdozent in Marburg, sodann als ordentlicher Professor in Greifswald (1899), in Münster i. Westf. (1902), Halle (1904), Tokio (1909) und dann wiederum in Halle (1914). Dem preussischen Landtag resp. der versammelten preussischen Landesversammlung gehört er seit dem Jahre 1921 an. Aus der Reihe der wissenschaftlichen Publikationen, mit denen er hervorgetreten ist, sind zu nennen: „Eine Arbeit über den französischen Philosophen Auguste Comte (1893)“, „Gewerbliche Wirtschafspolitik“ (1898), „Wirtschaft und Kunst“ (1909), „Belgiens Volkswirtschaft“ (1918), „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ (1920). Dr. Waentig ist auch Herausgeber der „Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister“. Seit dem Jahre 1927 ist er als Oberpräsident der Provinz Sachsen tätig.

Warum Orzesinski gehen mußte.

Auf an dem Tage, an dem ein nicht unbedeutendes Mißtrauensvotum gegen ihn im Landtag zur Abstimmung stand, ist der preussische Innenminister Orzesinski urplötzlich zurückgetreten; zur Ueberbrückung auch der politischen Geheimdeute. Er selbst hat die üblichen Gesundheitsrücksichten vorgegeben, trotzdem es keinen Zweifel darüber gibt, daß sein Rücktritt — oder man kann schon sagen, sein Sturz — eine ausgesprochen politische Angelegenheit ist. Wäre es anders, so hätte wohl Gott kein Grund vorgelegen, weshalb der

Minister nicht vier oder acht Wochen hätte auf Urlaub gehen können. Drüber wäre der preussische Staat auch nicht zusammengebrochen. Aber er hat wohl selbst gefühlt, daß er nicht länger zu halten war. An Angriffen gegen ihn hat es ja die ganzen vier Jahre, die er Minister war, nicht gefehlt. Sie haben aber in der letzten Zeit noch an Schärfe zugenommen und auch an Treffsicherheit, weil Herr Graeslinck sich in seinem Lebenswandel eingemischt haben hatte, die ihn verurteilbar machten, darüber hinaus aber auch, weil er im Begriffe war, das Vertrauen seiner Freunde und der Koalitionsparteien zu verlieren.

Die Demokraten haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß sie mit der etwas robusten Personalpolitik, wie sie Herr Graeslinck als sozialdemokratischer Beauftragter in seinem Vortritt trieb, nicht mehr einverstanden waren; wohlverstanden, nachdem sie selbst proportional dabei zu kurz zu kommen fürchteten. Auch das Zentrum hat nach am Mittwoch einen heftigen Vorstoß gegen ihn unternommen und ihm vorgeworfen, daß er die religiösen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung nicht hinreichend schütze anlässlich der russischen Ausstellung; genug, es bröckelte rund um ihn herum ab.

Vielleicht wäre es nicht unmöglich gewesen, daß in der Abstimmung über das Mißtrauensvotum ein Teil des Zentrums und ein Teil der Demokraten sich von der Abstimmung drückte, so daß dann die Gefahr einer Neuderlage entfiel. In dessen ausschlaggebend ist das wohl nicht gewesen.

Was Graeslinck schließlich zum Rücktritt zwang, ist sein eigener Parteigenosse, der Ministerpräsident genannt, der mit ihm eine Unterredung hatte, genau wie vor wenigen



Orzesinski,

der preussische Innenminister, ist, wie wir gestern meldeten, aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.



Geheimrat Prof. Dr. Waentig,

der bisherige Reichspräsident der Provinz Sachsen, wurde zum Nachfolger Orzesinskis ernannt.